

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen

Verlag: Verlagsgesellschaft von Sonnabend
Vertriebspreis: Vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Arleg, Berlin-Hörsingberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vornagels Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 26, 53

Abonnementpreis:
Geschäftsanzeigen kosten die festgesetzte Zeile 40 Pfennig.
Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Produktionseinschränkung.

Was wir lange befürchteten, scheint nun Tatsache werden zu sollen, nämlich die Produktionseinschränkung der Brauereien durch Verordnung des Bundesrats. Dahingehende Forderungen wurden verschiedentlich erhoben und auch schon bald nach Ausbruch des Krieges. Bei den Beratungen in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses am 12. Februar über die Frage der Volksernährung während des Krieges wurde nun auf Antrag eines Redners, ob der Getreideverbrauch in den Brauereien nicht eingeschränkt werden könne, der Handelsminister zu erklären, daß Verhandlungen über Maßnahmen im Gange seien, durch welche das von den Brauereien zu vermalzende Quantum erheblich eingeschränkt werde. Vorher schon mußte die Tagesdresse von bestimmten Plänen des Bundesrats zu melden, die so aussehen:

1. Der Malzverbrauch der deutschen Brauereien wird vom 15. bis 28. Februar 1915 auf 50 Proz. und weiterhin vom 1. März ab bis auf weiteres auf 40 Proz. des bisherigen Malzverbrauchs herabgesetzt. Als Norm wird der Durchschnitt des betreffenden Monats in den drei letzten Jahren 1912, 1913 und 1914 genommen, in a. S. für März 1915 der Durchschnitt aus dem Monat März der drei Jahre 1912, 1913, 1914.
2. Die Steuerbehörde stellt die Malzmenge für jede Brauerei fest.
3. Wenn eine Brauerei die kontingentierte Malzmenge in einem Monat nicht verwendet, so kann sie diese in den drei nächsten Monaten nachverwenden.
4. Auf Malz, das nach dem 14. Februar 1915 aus dem Ausland eingeführt wird, erstrecken sich diese Bestimmungen nicht.
5. Lieferungsverträge über inländisches Malz, die von einer Brauerei vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen und nach dem 14. Februar 1915 zu erfüllen sind, werden mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung so angefaßt, als ob ein Vertragsbruch gemäß eines ihm zustehenden Rechtes zurückgetreten ist.

Das ist also eine ganz erhebliche Einschränkung der Produktion, um mehr als die Hälfte.

Ob diese Bestimmungen in der Form und in dem Umfange in Rücksicht auf die Produktionsbeschränkungen das endgültige Ergebnis der zurzeit noch stehenden Beratungen sein werden, muß abgewartet werden. Sie würden von erheblicher Wirkung für die Brauereiarbeiter sein, die nach Möglichkeit abzuwehren die Verbandsleitung versuchen wird. Schon die nächsten Tage, wenn diese Zeitung ins Land gelangt, werden uns wohl Gemüthsruhe über die Beschlüsse des Bundesrats bringen.

Soziale Kriegsbilanzen.

Der Krieg als Katastrophe, der so viel vernichtet hat, zwingt auch uns in der Arbeiterbewegung, mit klarem Blick alle politischen und sozialpolitischen Sirtinne zu erlösen.

Rosinik heißt alle Maßnahmen in dem Sinn und Geiste des modernen Gesellschaftslebens richtig einschätzen, die Kräfte der eigenen Bewegung werden organisieren und zur vollen Entfaltung bringen. Eine rechte Mischung von Optimismus und Pessimismus ist der Politiker haben, er muß Optimist sein in dem unerschütterlichen Glauben an die Sieghaftigkeit der von ihm vertretenen Sache, er muß aber auch ein gehöriges Maß von realen Sinn besitzen, um immer fest auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben und andere Kräfte außerhalb der eigenen Bewegung nicht zu überschätzen.

Auch Sozialpolitik fordert diese glückliche Mischung. Immer ist Sozialpolitik eine Bewegung von unten aus, ein Fordern nach Schutz des Schwächeren im Wirtschaftskriege, eine Abwehr durch Errichtung von Wällen und Verteidigungsanlagen gegen die übergreifende Macht des Kapitalismus. Auch hier ein Strömenbergfortschritt der verschiedenen entgegengelegten

Interessenströmungen, in jeder Situation sind die Faktoren richtig einzuschätzen.

Welche sozialen Bilanzen wird uns nun dieser Krieg bringen?

Es ist zweifellos, daß die Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben nach dem Kriege anders werden wird, wie sie vor dem Krieg gewesen ist. In einem nachdenklichen Vortrag, den unlängst Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann in einer Versammlung Berliner Gewerkschaftsfunktionäre hielt, wurde von dem Vortragenden ganz zutreffend darauf hingewiesen, daß die offiziellen Rechtsansichtungen über die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten bei uns in Deutschland einen wechselvollen Verlauf genommen haben.

Unmittelbar nach der Gründung des deutschen Reiches rief das Bürgerium, um sich in dem neuen Reichshaus möglichst einzurichten, die alten zurückgebliebenen Schranken nieder, Handels-, Gewerbe-, Verlags- und Konkurrenzfreiheit wurden eingeführt. Der Staat sollte lediglich darüber wachen, daß die formale Rechtsfreiheit und Rechtsgleichheit nicht angefochten werde. In der materiellen Gehalt der Verträge durfte er sich nicht einmischen. Das starke Individuum sollte herrschen.

Dieser Periode des Monarchietums folgte die des Staatssozialismus. Das allgemeine Staatsbewußtsein, der Staatsgedanke emporsteig gegen den durch die herrschende Theorie hervorgerufenen Kampf aller gegen alle. Man forderte Steigerung des Verantwortlichkeitsgefühls des einzelnen gegen den Staat und gegen die durch die gleichen Interessen miteinander Verbundenen.

In der Zeit kurz vor dem Krieg machte nun die Kurve eine neue Schwendung. Der einzelne rührte sich durch die vielen vom Staat ihm gesetzten Zwangsnormen insbesondere in wirtschaftlicher Beziehung gezwungen. Er verlangte Abwesen- und Bewegungsfreiheit. Der Zeiger der Uhr ging wieder auf Individualismus, auf die Freiheit des Einzelnen und hier besonders des Unternehmers. Diese Rechtsansichtungen beherrschten bis kurz vor dem Krieg weit und emporwärtige Kräfte. Besonders die an den Dingen interessierten Unternehmer ließen durch ihre Publizisten und Professoren vom Schloße Tille, Ehrenberg und Bernhard die Herrschaftslehre verkünden, daß dem wichtigsten Träger der Volkswirtschaft die Bewegungsfreiheit nicht genommen werden dürfe, daß unsere ganze wirtschaftliche Zukunft in dem Aufstehen dieser Herrschaftslehre begründet sei. Es wurde verlangt, Schluß mit der sozialen Gesetzgebung zu machen und das Buch des Professors Bernhard sollte ja den Nachweis führen, daß die soziale Gesetzgebung auf das deutsche Volk beginnt einen Einfluß der Verarmlichung auszuüben. Die Energie und die Verantwortlichkeit des einzelnen werde dadurch geschwächt. So fiert in der Einfluß dieser Lehren auf die Bureaucratie unserer Gesetzgebung gemindert, daß noch kurz vor dem Krieg solche Gedanken in der Vorlage zum neuen Strafgesetzbuch ihre praktische Wirkung erfahren sollten.

Und nun ist der Krieg dazwischen gekommen. Der Begriff von den Büchsen des einzelnen an die Gesamtheit mußte plötzlich umgewertet werden. Der Krieg forderte militärisch und wirtschaftlich die Anspannung aller Kräfte. In diesen Umgebungsrisen um keine Erörterung als vorläufiger Zwischenschritt mußte Deutschland nicht nur in der mächtigsten Verteidigungswahl keine Waffen und keine ganzen Anwesenheitsmaterie, sondern auch in der freierischen Leistungsfähigkeit seiner Menschen all seine Kräfte aufbieten. Eine einheitliche Kriegsstimmung war notwendig, der Wille zum Sieg.

Wenn ein moderner Staat wie Deutschland Krieg führen will, und zwar einen Verteidigungskrieg unter den gegenwärtigen Verhältnissen, dann muß es ein Volkswort werden, dann muß mit unumkehrlicher Gewalt auch von unten die Volkskraft zur vollen Entfaltung kommen. Und so war in dieser Stunde der höchsten Gefahr die veränderte Stellung der Regierung zu den Gewerkschaften einfach eine Notwendigkeit.

Die bisherige Grundannahme, daß der Arbeitsvertrag des Einzelnen eine Sache der individuellen Freiheit sei und nicht eine Angelegenheit der Organisation, verlor ihre innere Berechtigung. Denn nun zeigte sich, was die Organisation dem reichhaltigen Heer der Arbeitermassen war: der organisierte Gesamtwille einer ganzen Klasse, eine selbstgehaltene Kulturgemeinschaft, ein Gebäude, so fein verflochten und in das Bewußtsein der daran beteiligten Menschen so tief verankert, wie es die Bureaucratie des Staates hätte niemals aufbauen können. Hier waren die Tugenden in jahrzehntelanger Erziehungsarbeit kultiviert, die jetzt gerade für den Krieg so ungeheuer wichtig wurden: Solidarität, Opferfähigkeit im Dienste der Gemeinschaft.

Die Statistiken, die nun von den Gewerkschaften herausgegeben werden, haben gezeigt, wie hoch der Prozentsatz der Mitglieder ist, die als Soldaten im Felde stehen. Aber auch hinter der Front im eigenen Land ist wirtschaftlich durchzuhalten und auch hier haben die Gewerkschaften den Organismus, in dessen Gefüge wichtige Friedensaufgaben verwirklicht werden konnten. Für die Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge, Regelung der durch den Krieg neugetharrten Arbeitsbedingungen war die Mitarbeit der Gewerkschaften notwendig. Die Gewerkschaften, noch kurz vorher für die Interessenvertretung der Arbeiter und Angehörigen als überflüssig und sogar schädlich erklärt, wurden öffentlich-rechtliche Institutionen.

Wir wollen diesen Aktiohoren für jetzt und für die Zukunft nicht unterlassen, wenn nun auch die Weichen auf der Gegenseite mit verbucht werden müssen.

Die Unternehmer haben natürlich ein Interesse daran, daß die Zugeständnisse nicht zu groß und die Bindungen nicht zu bedeutungsvoll werden. Sie bleiben, was wir sind", schrieb die Deutsche Arbeiter-Zeitung, als der Bürgerfrieden verkündigt wurde. Und das ist auch ganz selbstverständlich. Deutschland ist ein Industrie- und Handelsland geworden und wird es auch nach dem Krieg bleiben. Der Krieg wird sogar auch bei uns in Deutschland eine Störung des Kapitalismus bringen. Eine Belohnungsdrobe in die jetzige Zeit auch für die Unternehmerrchaft, ein Ausleitungsprozeß findet statt, viele Unternehmungen werden den Krieg nicht überleben können und nur neuhast legt sich der kapitalistische Großbetrieb durch. Ebenso werden die Unternehmerorganisationen ihre alte Stellung nicht verlieren. Die gleiche Initiative, die das Unternehmertum wirtschaftlich und industriell entwickelt, wird es auch in der Arbeiterorganisation entfalten. Eine Note aber wäre die Annahme, daß nach dem Kriege die Wirtschaftskrisis aufhören, im Gegenteil: aller Voraussicht nach werden die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit sich weiter verschärfen.

Aber die Voraussetzungen sind anders geworden. Es wird sich darum handeln, ob die Kräfte des Unternehmertums stark genug sein werden, um die Gesetzgebungsinitiative wieder nach rückwärts anzuführen. Das wird von den Unternehmern nicht mehr allein abhängig sein, mitbestimmend wird der Ausbruch des Krieges werden und nicht zuletzt die Gewerkschaften selbst. An uns in der Gewerkschaftsbewegung muß es liegen, die realen Kräfte, die durch die jetzige Situation entstanden sind, zu erhalten. Denn nur diese entscheiden.

Die Gewerkschaften haben die Organisationen unterrichtet und sogar beieigt in die Kriegs- hinübergebracht, die Gewerkschaften werden auch nach dem Krieg als Zwangsorgane an dem Aufbau des Wirtschaftslebens wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Es liegt etwas Erquickendes in den Maßnahmen, die in den Verhandlungen der Arbeiter an die Lohnstreikenden immer wiederkehren: Erhalten die Organisation, während wir hier draußen im Felde stehen. Und eine hohe Bedeutung hat das Wort von Legien, das er einmal in einer Gewerkschaftsversammlung in Berlin ausbrach: Zunächst muß diejenige Institution erhalten bleiben, die die Arbeiter auf

Waffen in bestimmten Stunden gestellt hat, und...

Unterstützung während Sperrung...

Verordnungsammlung vom 2. Dezember 1914

I. Die Gemeinden der Freigemeinden, deren die...

- 1. Die Gemeinden der Freigemeinden, deren die...

II. Schenkungen von unentgeltlich...

III. Die Erhebung der Grundsteuer...

- 1. Die Erhebung der Grundsteuer...

Unterstützung der Familienangehörigen...

Verordnungsammlung vom 2. Dezember 1914

In Verbindung des Einkommens...

- 1. Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

- 1. Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

- 1. Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

- 1. Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer... (Detailed text in the middle column)

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer... (Detailed text in the middle column)

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer... (Detailed text in the middle column)

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer... (Detailed text in the middle column)

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer... (Detailed text in the middle column)

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer... (Detailed text in the middle column)

Sammlungspendungen

Sperrung. Der 21. Januar fand unter...

Verordnungsammlung vom 21. Januar...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

